



Eine unregierbare Supermacht

Trump ist kurz vor der Angelobung weit davon entfernt, ein echter Präsident zu sein

Eric Frey

Keine hundert Stunden trennen die Welt von dem Augenblick, an dem Donald Trump ins Weiße Haus einzieht. Und immer noch weiß niemand, was seine Präsidentschaft bringen wird. Je mehr er twittert und spricht, desto weniger Klarheit gibt es.

Seine Wochenendinterviews waren voller Ansagen, die einen dramatischen Kurswechsel in der US-Politik suggerieren: Der Brexit ist großartig, die EU todgeweiht, die Nato obsolet und das Iran-Abkommen eine Katastrophe, gegen deutsche Autoimporte kommen Strafzölle. Aber dann widerspricht sich Trump – etwa bei der Nato, die er im nächsten Satz lobt. Oder er verspricht Dinge, die er allein nicht durchsetzen kann: Im Außenhandel hat der Kongress das Sagen, und dort dominieren Gegner des kruden Protektionismus. 35-Prozent-Zölle gegen BMW & Co wird es wohl nicht geben.

Für die meiste Verwirrung sorgt Trump beim Thema Gesundheit: Er will Obamacare sofort abschaffen und verspricht – anders als die Republikaner im Kongress – gleichzeitig ein fertiges Ersatzprogramm. Und dies, so heißt es plötzlich, soll eine Krankenkasse für alle sein. Das ist ein Wunschtraum der Linken, der allen konservativen Grundsätzen widerspricht.

Die einzig mögliche Schlussfolgerung: Hier spricht nicht der kommende Oberkommandierende einer Supermacht, sondern ein jovialer Stammtischgast, der nichts zurückhält, was ihm gerade durch den Kopf geht. Trump meint wirklich, was er sagt, und manches klingt für sich gesehen ganz vernünftig. Aber dass er in wenigen Tagen eine politische Linie vorgeben und Entscheidungen treffen muss, die Millionen US-Bürger und den Rest der Welt betreffen, scheint ihm nicht bewusst zu sein.

Was wird daher passieren, wenn am Freitag Barack Obama das Oval Office verlässt und Strohwitwer Trump sich einquartiert? Manche erwarten, dass sein erzkonservatives, aber teilweise recht kompetentes Kabinett die Regierungsgeschäfte führen wird – oder sein Vize Mike Pence. Aber Trump lässt sich nicht gerne übergehen, das hat er im Wahlkampf gezeigt. Und er hat unzählige Berater, darunter sein Schwiegersohn, um sich versammelt, die wohl alle mitreden wollen.

Auch vom Kongress ist wenig Führung zu erwarten. Der Trump-Wahlsieg lässt die kühnsten Träume der

Tea-Party-Fraktion wahr werden. Sie wird extreme Forderungen stellen und der pragmatischeren Kongressspitze rund um Paul Ryan und Mitch McConnell das Leben noch mehr erschweren.

Es klingt paradox, aber den USA droht trotz Einparteienherrschaft die Unregierbarkeit. Denn ihr Präsident ist kein konservativer Politiker, sondern ein Reality-TV-Star, der sich an die Spitze eines zornigen Bürgeraufstands gestellt hat. Wohl könnte er das Regierungsgeschäft erlernen, aber er will es ganz offensichtlich nicht.

Für diese einmalige Konstellation gibt es kein Handlungsrezept. Aber

eines ist klar: Auf jeden Trump-Tweet und -Sager zu reagieren, als wären dies programmatische Ankündigungen, bringt wenig. Noch ist es für europäische Politiker zu früh, vor Trump'schen Eskapaden zu warnen. Und auch nach dem 20. Jänner wird das Wort des Präsidenten mehr Unterhaltungs- als Informationswert haben. Umso genauer wird man sich die konkreten Entscheidungen in Washington anschauen müssen. Vielleicht fallen die tatsächlich so schrecklich aus wie befürchtet. Oder aber sie fallen nicht, weil das Chaos regiert – eine ebenso schreckliche Aussicht.

KOPF DES TAGES

Südkoreas gefallener Kronprinz

Im Volksmund wird Südkorea ehrfürchtig Samsung-Republik genannt. Das Unternehmen generiert knapp ein Fünftel des Bruttoinlandsprodukts, beschäftigt im In- und Ausland fast eine halbe Million Angestellte. Und dennoch tickt der internationale Mischkonzern im Kern noch immer wie ein feudaler Familienbetrieb: Als Thronfolger in dritter Generation gilt Lee Jae-yong.

Nun scheint der 48-jährige Manager auf dem Weg zur Machtergreifung ins Straucheln geraten zu sein. Die Sonderstaatsanwaltschaft, die derzeit auch gegen die suspendierte Präsidentin Park Geun-hye ermittelt, hat Haftbefehl gegen Lee beantragt. Der Samsung-Erbe soll Zahlungen von umgerechnet über 30 Millionen Euro einer Vertrauten der Präsidentin versprochen haben. Im Gegenzug habe die Regierung eine umstrittene Fusion zweier Samsung-Töchter genehmigt. Der Zusammenschluss soll Lee helfen, seine Kontrolle über den Familienkonzern zu erhöhen.

De facto gilt der Samsung-Vizechef bereits seit Mai 2014 als Firmenerbe. Damals erlitt sein Vater, der übermächtige Lee Kun-hee, einen Herzinfarkt, von dem er sich nicht wieder erholte. Südkoreanische Medien greifen alle paar Monate Gerüchte auf,



Samsung-Vizechef Lee Jae-yong unter massivem Korruptionsverdacht.

Foto: AP

nach denen er bereits klinisch tot sei.

Verglichen mit seinem Vater gilt Lee Jae-yong als geradezu zugänglich: Geschäftsreisen tritt er ohne große Entourage an, seinen Untergebenen in der Firmenzentrale habe er die obligatorische 90-Grad-Verbeugung abgewöhnt. Der alleinerziehende Vater spricht fließend Englisch und Japanisch. Zuletzt hat er erste Akzente gesetzt, indem er dem streng hierarchischen Unternehmen kalifornische Kreativität und Start-up-Mentalität abzurufen versuchte.

Spätestens seit dem Super-GAU rund um brennende Akkus von Galaxy Note lastet das Familienerbe schwer auf

Lee Jae-yongs Schultern. Im einst äußerst profitablen Smartphone-Markt werden Samsungs Produkte im Luxussegment von Apple abgehängt, während am unteren Ende chinesische Billiganbieter in den Startlöchern stehen.

Der drohende Haftbefehl, über den am Mittwoch der Oberste Gerichtshof befindet, könnte nun eine Führungskrise im Megaunternehmen auslösen. Dies habe auch die Sonderstaatsanwaltschaft bei ihrem Antrag berücksichtigt, wie sie über einen Sprecher ausrichten ließ. Letztlich habe man jedoch entschieden, dass Rechtsprechung über dem Wohl der Wirtschaft stehe.

Fabian Kretschmer